

WALTER ERBE : LIBERALISMUS IN HEUTIGER ZEIT

Jedes Mal, wenn die Partei des Liberalismus ihre Freiheitsforderungen geltend macht und begründet, dann ist durch die Bundesrepublik ein gemein Geschrei: Freiheit ist nicht das Monopol *einer* Partei. Solches wäre nur dann nicht töricht, wenn darüber, was Freiheit ist und was erforderlich ist, um sie zu ermöglichen, Übereinstimmung bestünde. Zwar verlangen alle politischen Regime und alle politischen Parteien Freiheit. Aber ebenso gewiss ist, dass die Weisen des Freiheitsbewusstseins sehr verschieden sind, geradezu gegensätzlich, so sehr, dass es sich in Wahrheit gar nicht mehr um Spielarten der Freiheit handelt, sondern um Freiheit und Unfreiheit. Ist es doch manchem die höchste Freiheit, aus freiem Entschluss auf die Freiheit zu verzichten, weil er der Lehre anhängt, dass im totalitären Staat "jeder einzelne in vollem Maße an der Freiheit des über Gut und Böse erhabenen Staates teilhabe und deshalb eine der individuellen Freiheit unendlich überlegene Libertät genieße". Diese Lehre fordert nichts anderes als die kollektive Selbstaufgabe. Sie war zuerst im Osten und sie ist dort heute *noch* Wirklichkeit. Es ist aber auch bei uns noch nicht lange her, dass im Namen der Freiheit der Weg in die Knechtschaft beschritten wurde, weil man wähnte, dass zur Abwehr des einen Totalitarismus nur ein anderer Totalitarismus helfe, statt dass man sich dessen erinnert hätte, dass schon in der Antike Xerxes an der freiheitlichen griechischen Demokratie gescheitert ist. Der Liberalismus ist der Todfeind der Totalitarismen. So verschieden aber auch die Auslegungen von Freiheit sind, dies schließt nicht aus, dass bestimmte Freiheitsforderungen zu bestimmten Zeiten das Recht der Selbstverständlichkeit genießen. Das trifft heute zu für die in unseren Verfassungen verbürgten, vom Liberalismus durchgesetzten Freiheitsrechte. Es sind politische, gesellschaftliche, religiöse und persönliche Freiheiten. Mit Bezug auf sie spricht man deshalb vom "ewigen" oder vom "natürlichen" Liberalismus oder vom Liberalismus, der in alle demokratischen Parteien eingegangen sei. Man hält das politische System des Liberalismus daher für ein zeitgebundenes System, gebunden nämlich an die Zeit vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg. Oder man glaubt - ich zitiere wörtlich "solange seine (des Liberalismus) wesentlichen Forderungen verwirklicht bleiben ... und sein kulturpolitisches Programm von anderen Parteien übernommen wurde", den Freiheitsbegriff "für die Entfaltung eines neuen politischen Gewächses allein zu schwach". Die Gegner des Liberalismus, die ihre Segel nach dieser höchstwillkommenen Brise setzen, leiten daraus die Folgerung her, der Liberalismus sei gewissermaßen durch seinen eigenen Sieg in den Ruhestand versetzt, seine Sendung sei abgelaufen, die Liberalen von heute seien eigentlich nur noch Nachzügler einer abgelebten Zeit. Ewiger Liberalismus - gewiss eine gut gemeinte Formel. Aber diese des guten Endes überzeugte Zuversicht ist nicht im Liberalen selbst. Und er glaubt nicht nur selber nicht an die Illusion von den ewigen Depositen des Liberalismus,

sondern er beraubt auch die anderen der Illusion des endgültig Errungenen, des unverlierbaren Besitzes von Freiheit und Menschenwürde, Wahrheit und Tugend. Er weiß von den vielen, die zwar das Wort Freiheit im Munde führen, aber zweisprachig sind, die am liebsten Freiheit zu einem ausgestopften Begriff machen würden, für die Freiheit nur ist, was der Gummi für die Elektrizität. Die Erfahrung lehrt, dass man immer die Freiheit gerade damit anfang zu vertun, dass man glaubte, sie verstehe sich von selbst. Es genügt deshalb keine angenehm beruhigende Überzeugung, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Es gibt kein Siegel der Unverbrüchlichkeit, denn es gab immer und wird immer geben die Untreue gegen die Freiheit. Und deshalb weiß sich der Liberalismus unverbraucht. Er ist daher weder geistig noch politisch eine ausgebrannte Schale.

Wenn sich heute auch alle demokratischen Parteien zu den verfassungsmäßigen Freiheitsrechten bekennen, so ist damit keineswegs gesagt, dass sie alle darunter dasselbe verstehen. Aus eigener praktischer Erfahrung weiß der Liberale nur zu gut, dass die Vergegenwärtigungen des Wesens der Freiheit durchaus differieren. Die Gegensätze aus der Zeit, in denen die Freiheiten der Verfassungen gegen heftige Opposition errungen werden mussten, sind ja nicht einfach ganz verschwunden, sondern leben fort in den verschiedenen Ausdeutungen der Tragweite der Freiheitsrechte. Ich erinnere zum Beweise dessen nur an den Streit um den Gehalt und Umfang des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und an die sehr verschiedenen Gehalte von Freiheit in der Kulturpolitik. Aber auch Maß und Schlüssigkeit der Verwirklichung von anderen liberalen Grundsätzen in den Grundbüchern der Staaten werden solche Gegensätzlichkeiten immer wieder offenbaren. Ich brauche nur Stichworte zu nennen: die Pressefreiheit - nach einem Wort von Madariaga die Seele des liberalen Rechtsstaates -, die Freiheit des Rundfunks -sogleich denken wir an die Versuche der Bundesregierung, sprich: der stärksten Partei in unserer Politik, die wirkungsbreitesten der sekundären Erfahrungs- und Erlebnisquellen, Rundfunk und Fernsehen nämlich, sich zu eigen zu machen -, die Freiheit der Kunst - die Rechtsprechung musste erst klären, dass an dieser auch der Film teilhabe. Die Bedrohungen dieser Freiheiten sind höchst real, keine Ausflüchte des Parteiinteresses. Dabei interessieren hier nur diese Tatsachen, nicht gleichermaßen, wie viel von diesen Gefahren für die Freiheit auf das Konto machtpolitischer Bestrebungen abzubuchen sein mag oder auf dasjenige mangelnden Vertrauens in den Spielraum der Demokratie. Alle diese Freiheiten gehen zurück auf das Exempel der Liberalen. Freilich haben sie diese Freiheiten nicht erstritten, dass sie verantwortungslos gebraucht und damit missbraucht werden. Die Warnung vor solchem Missbrauch ist deshalb ebenso Sache des Liberalismus wie die Verteidigung und die zeitgemäße Anwendung. Der Liberalismus bedauert es im Übrigen natürlich nicht, dass viele seiner politischen Ideen Gemeingut geworden sind, ist dies doch das schönste Schicksal einer politischen Richtung. Aber das kann ihn ebenso natürlich nicht

verpflichten, auf sein ererbtes Urheberrecht zu verzichten. Er nimmt ja auch den Konservativen nicht das angestammte Recht und die Pflicht zum Misstrauen gegen Veränderungen der Tradition. Der Liberalismus hat ganz einfach das Näherrecht, Gralshüter der Freiheit zu sein.

Freiheit ist nicht von selber gekommen und sie erhält sich nicht von selbst. Sie kann nur bewahrt werden, wenn sie zum Bewusstsein gekommen und wenn sie in die Verantwortung aufgenommen ist. Ist sie das? Keineswegs! Die moderne Massendemokratie ist mit ihrem Streben nach genormter Gleichförmigkeit schon an sich eine Drohung gegen die Freiheit. Die Tendenzen unserer Zeit - die Gleichgültigkeit der Massen, auf deren Auffassungsgabe kein lebendiges Interesse an der Politik fördernd einwirkt, der schweigend vorausgesetzte Materialismus, blindwütiges Nurverdienertum, der Hang nach unaufgeregter Ruhe, die Angst vor der Dynamik, deren Schlachtruf heißt "keine Experimente", die willige Hingabe an die Suggestion der Reklame, die dazu geführt hat, dass das Angebot die Nachfrage beherrscht und nicht umgekehrt, die fortgesetzte Fahnenflucht des Geistes vor der Politik, zu all dem hinzu ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit und aus diesem heraus ein Bedürfnis nach dem festen Standort im Wirrwarr der Geister und Seelen - alle diese Tendenzen fördern alle Formen des Absolutismus, im Politischen, im Kulturellen und im Religiösen. Es fehlt darum der Thesen der Freiheit wahrlich nicht an der Antithese. Oder zeichnen uns die modernen Utopisten - die Huxley, Orwell, Hermann Gohde, Walter Jens ihre schrecklichen Visionen einer Zukunft ohne Freiheit etwa deshalb, weil sie diese unbedroht glauben? Das Leben schreitet auf diese Schreckensbilder zu. Ein zwar spärliches, aber schaudermachendes Beweismaterial für die "besitzergreifende Steuerung des Geistes", die die menschliche Persönlichkeit vernichtet und verwandelt, hat Charles Morgan in einem seiner Essays vorgelegt. Nicht nur die öffentlichen Freiheiten, die Grundfreiheit des Geistes selbst ist dabei das Ziel des Angriffs. Auch wird niemand mehr so leicht die Drohung gegen die menschliche Libertät leugnen, der des Amerikaners Vance Packard Buch "The hidden Persuaders" über die Praktiken der Motivforschung gelesen hat. Die Vorstellung von einer unsichtbaren Diktatur, die sich gleichwohl der demokratischen Regierungsform bedient, ist danach kein Hirngespinnst. Demokratie ist eben nicht schon von Natur freiheitsfreundlich, Freiheit ist vielmehr in keiner Demokratie selbstverständlich und deshalb niemals ungefährdet. Nirgendwo auf der Welt waren es die Massen, die am zähesten die Freiheit und ihre Einrichtungen verteidigten. Da ist ferner die außenpolitische Bedrohung der Freiheit, die daraus resultiert, dass unser gespaltenes Vaterland in der Friktionszone von Freiheit und Knechtschaft liegt. Sie ist nicht nur eine militärische, sie ist angesichts der volkswirtschaftlichen Wachstumsrate des Ostblocks auch eine wirtschaftliche, so dass der ganze Westen vor dem Problem der Erhöhung *seiner* Wachstumsrate, damit aber vor der

weiteren Frage steht, wie jene ohne Gefährdung der inneren Freiheit geschehen könne. Wer anders als der Liberalismus ist zuerst aufgerufen, die Antwort auf diese Fragen zu suchen und zu finden? Die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte sind Rechte gegen den Staat. Das ist gut so. Denn je mehr die Staatsaufgaben wachsen, desto häufiger stößt die Freiheit auf die Staatsgewalt. Und dennoch gibt es noch die Hypertrophie des Staatlichen: mit Recht spricht Gerhard Leibholz von einer "Bedrohung der Freiheit durch die Macht des Gesetzgebers" im modernen egalitären massen- und radikaldemokratischen Parteien- und Verwaltungsstaat. Und deshalb ist die konservative Lehre -formuliert von Lord Hailsham -, die politische Freiheit sei nichts anderes als die Verteilung der Macht, für die Erhaltung der Freiheit viel zu wenig. Der Liberalismus hat deshalb die Aufgabe, den Raum freizukämpfen für die politische und soziale Initiative von unten her. Während aber wenigstens gegen die Ausweitung des staatlichen Wirkungsbereichs, mit der eine Einengung der staatsgewaltfreien Sphäre korrespondiert, im Steuerstaat die öffentliche Meinung zu gehen "in einer formal werdenden Demokratie, die zu einem mit gereizter Empfindlichkeit reagiert, ohne dass es freilich Mittel von Manipulationen von Wirtschaftsinteressen entartet".

Die Freiheit darf aber nicht verloren gehen, weder gegenüber dem Machthunger des Staates noch gegenüber dem der "Staaten im Staat". Das Überleben der Freiheit jedoch hängt ab von dem Beharren des Volkes in der Überzeugung, dass die Freiheit einen allerersten Lebenswert darstellt, der verteidigt werden muss, koste es, was es wolle. Zur Gewinnung der Freiheit gegen die absolute Gesellschaft den Stachel der Bedürftigkeit zu wecken, ist heute ebenso die Aufgabe des Liberalismus, wie es in der Vergangenheit seine Mission war, die Freiheit gegen den absoluten Staat zu gewinnen. Mit der bloßen Jeremiade gegen die "Herrschaft der Verbände" ist nichts getan, und eine demokratische Gesellschaft kann übrigens ohne Verbände auch gar nicht funktionieren.

Ein Erzeugnis liberalen Denkens ist die soziale Marktwirtschaft ich brauche nur zu erinnern an die Namen Walter Eucken und Alexander Rüstow. Und hier gilt es noch immer, die Freiheit und mit ihr die Privatwirtschaft zu verteidigen gegen immer neue Versuche, zu planwirtschaftlichen Regelungen zurückzukehren wir wissen von solchen aus der Praxis des Bundeskartellamts und gegen immer neue Forderungen, die Gemeinwirtschaft auszudehnen, Forderungen, die damit begründet werden, dass man nur so die Expansion der Investitionen in den sog. Basisbranchen _ Schwerindustrie, Energiewirtschaft, Exportindustrie -garantieren, dass man nur so wirtschaftliche Krisen ausschalten, nur so ein Maximum an Produktivität und sozialer Gerechtigkeit erreichen könne. Aber es ist ein Fehlurteil, zu meinen, dass die einzige Alternative zum laissez faire in der völligen Verantwortung des Staates bestehe. Wir betonen aber das Epitheton sozial; um wirklich menschlich zu werden, muss der Mensch sozial sein. Die eifernde These des Amerikaners

Hayek, der *soziale* Rechtsstaat sei moralentfremdet und müsse im Namen der Freiheit verworfen werden, hat bei unseren politisch Liberalen keine Partisanen gefunden, während wir freilich seinen Nachweis, dass Sozialismus, Planwirtschaft und Totalitarismus ein Missbrauch der Vernunft, gern übernehmen.

Eine akute Gefahr für die politische und die persönliche Freiheit ist schließlich eine von ihren wirtschaftlichen und arbeitsethischen Fundamenten losgelöste Sozialpolitik, die den Wohlfahrtsstaat zum Selbstzweck setzt und die Solidaritätshilfe nicht explizit als Mittel zur Sicherung der freien Gesellschaft postuliert. Statt dessen entwickelt sich aber unser Staat eben zum Wohlfahrtsstaat, für den Versorgungsstaat nur ein anderer Name, aber keine andere Sache ist; es obwaltet die Tendenz, den Staat zum Versicherungsträger gegen alle Wechselfälle des Lebens zu machen. Diese Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat wird als so unabänderlich hingenommen, dass man bereits die Frage stellt, ob dadurch nicht die bisherige *betriebliche* Sozialpolitik ihren Sinn verliere. Dieser moderne Wohlfahrtsstaat entpersönlicht - Paul Tillich hat es gesagt - nicht durch Befehl, sondern durch Bereitstellen, ein Bereitstellen, das geschieht in der Erwartung, dass dorthin, wo die Unschuld weint, *auch* Hilfe komme. Die Forderung des Liberalismus heißt dagegen nicht Wohlfahrt, sondern Leben. Das bedeutet, dass die menschlichen und moralischen Fragen die Oberhand haben müssen über jeden Ökonomismus. Deshalb wehren wir uns dagegen, dass der Staat der Familie substituiert wird und der Automatismus der Spontaneität. Wenn wir die menschliche und die moralische Frage stellen, dann versteht es sich, dass das Menschsein soziale Voraussetzungen hat, die erfüllt sein müssen. Dazu genügt soziale Sicherheit -Sicherheit des Arbeitsplatzes, Wiederherstellung der Kaufkraft -nicht, denn sie verbürgt noch nicht die Freiheit, noch nicht einmal die wirtschaftliche. Dazu gehört vielmehr Eigentum, auf das der Mensch ein natürliches Recht hat, nicht weniger als auf Arbeit. Deshalb verlangt der Liberalismus Eigentum für alle. Er fordert, mit dem Ausdruck des Engländers Belloc, eine "proprietäre Gesellschaft" als Voraussetzung einer Gesellschaft freier Menschen. Eigentum ist die Grundlage und Gewähr *freier* Staatsbürgerschaft, eine Gegenkraft, um den Zug zum Massentümlichen zu hemmen. Sogar Robespierre hat es zum Schutz des Privateigentums, sie kann nicht dessen Zerstörer sein. Es ist aber nicht getan mit der Garantie des Privateigentums als Institution, sondern erst mit seiner guten Verteilung. Das Ziel der meisten Menschen aber ist nicht Eigentum, sondern Erhöhung des Einkommens; die Masse denkt und redet in den Begriffen Beschäftigung und Lohn. Eigentum ist für die Mehrzahl keine gewusste Erfahrung; deshalb sind der Geisteshaltung nach die meisten Staatsbürger· Proletarier. Von dem vermeintlich in unser öffentliches Leben eingegangenen natürlichen Liberalismus ist hier nur

sehr wenig zu spüren; andernfalls müsste es einen Gesellschaftszustand geben, der wohl verteiltes Eigentum für selbstverständlich nimmt, es befördert und erhält. Solche Wiederherstellung von Eigentum lässt sich nicht mit Plänen gewinnen, sondern kann nur das Ergebnis einer neuen Sinnesart sein, einer Geisteshaltung, die Freiheit als ein Gut anerkennt. Doch mag es der Beispiele genug sein, die dargetan haben, dass es für die Bedrohung der Freiheit wahrlich nicht fehlt an Anschauungs- und Erfahrungsmaterial. Die Freiheit, die sucht, findet ihr Feld und ihre Beute. Der Liberalismus hat deshalb eine unvergängliche Sendung, in ständigen Wiedergeburten und Erneuerungen, gegen alle neuen Formen des offenen und verdeckten Antiliberalismus vom Staate und von der Gesellschaft her.

Es ist deshalb ganz gewiss falsch, den Liberalismus als ein an die Epoche der bürgerlichen Zivilisation gebundenes politisches System auszugeben. Freiheit und folgeweise Liberalismus sind keine Tatsachen, die sich in Geschichte auflösen lassen, so dass sie Geburt, Leben und Tod hätten. Freiheit ist vielmehr der ewige Schöpfer von Tatsachen der Geschichte. Sie ist eine Kategorie und darum unerschöpflich. Deshalb entzieht sich der Liberalismus dem Plusquamperfekt der Historiker. Er hat zwar eine Tradition, aber er kennt keinen Traditionalismus im Sinne einer Unterwerfung unter irgendeine seiner Vergangenheiten. Deshalb ist es ein Verstoß gegen das von keiner Geschichte einholbare Selbstverständnis des Liberalismus, wenn man versucht, ihn zu stilisieren, ihn mit einem seiner Triebe, gar, da es gewöhnlich polemisch geschieht, mit einem seiner Auswüchse zu identifizieren, die alles andere als sein Wesen ausmachen. Diesen Kardinalfehler begeht etwa Romano Guardini in seiner Schrift über "Die Macht", in der er den Liberalismus gleichsetzt mit dem ästhetischen Liberalismus, mit dem staatsfernen Ideal des schwächlichen und weichlichen Ausgleichens, des unentschiedenen "Einerseits-Andererseits", des lauen "So oder auch anders". Dieser dürre Trieb war vom Liberalismus niemals der Inbegriff. "Merkwürdig", meinte einmal Benedetto Croce - "dass manche uns den Liberalismus gerne als einen Propheten ohne Schwert malen, wo es doch nicht nur im Begriff der Freiheit und der Politik liegt, sondern durch die Tatsachen gegeben und erwiesen ist, dass für keine andere Idee so hartnäckig gekämpft und so großherzige Opfer gebracht wurden." Nicht minder willkürlich ist es, den Zwischenfall der absoluten Wirtschaftsfreiheit zum Kernpunkt liberaler Wirtschaftsgesinnung zu machen. Auch hierzu hat der liberale italienische Philosoph bereits das Nötige gesagt: "Die absoluten Vertreter des Wirtschaftsliberalismus sind nicht weniger Utopisten, als die absoluten Gegner es sind." Der Liberalismus wäre im 19. Jahrhundert nie geworden, was er war, "wenn nur Manchester sein Mekka gewesen wäre". dass der wirtschaftliche Liberalismus des "laissez

aller, laissez faire" dazu verwendet werden kann, um das Gegenteil von Freiheit, nämlich die Unfreiheit zu erzeugen, lässt sich nicht wohl bezweifeln, wiewohl manche "Tatsachen", die dem liberalen Kapitalismus der industriellen Frühzeit ins Schuldbuch geschrieben werden, mehr die objektiven Umstände waren als die Konsequenzen seiner Lehre! Es ist aber fast gar eine Trivialität, zu betonen, dass die Freiheit natürlich nicht ihren Missbrauch deckt, dass die Freiheit jedes einzelnen notwendig durch Freiheitsansprüche anderer begrenzt ist. Ohne solche Beschränkung kann die Freiheit überhaupt nicht gesichert werden.

Die Ethik des Liberalismus ist die Kantische: "Wage es, frei zu sein, und achte und beschütze die Freiheit aller anderen." Freiheit ohne soziale und wirtschaftliche Ordnung kann nicht bestehen und nicht mehr gedacht werden. Die liberale Gesellschaftsordnung ist so selbst eine Schranke für die Freiheit der Wirtschaft. Darum auch trifft der Vorwurf von Karl Marx, der Liberalismus emanzipiere den Bürger um den Preis der Auslieferung des Privatmenschen an die Mächte des Egoismus, den Angegriffenen gar nicht. Wirtschaftliche Freiheit ist eine Freiheit "in ... bedingten Bahnen". Aber allerdings innerhalb dieser Schranken bleibt die freie Initiative des selbstverantwortlichen Unternehmers der nicht aufgebare Programmpunkt, der Kern aller liberalen wirtschaftspolitischen Betrachtung. Diese private Initiative schließt ein Risiko ein, aus dem eine Pflicht erwächst: dass der Unternehmer nicht nach dem Staat ruft, wenn es einmal schlechter geht. Er kann nicht die Freiheit fordern, wenn die Sonne scheint, und staatliche Protektion, wenn das Barometer sinkt. Schließlich darf der Staat nicht diese private Initiative durch konfiskatorische Steuern ersticken - Steuern haben Steuern zu sein und nicht Tribute - und der Staat darf nicht seine Steuerbeamten zu Richtern setzen über unternehmerische Pläne und Absichten. Den Liberalismus - das wollte ich mit diesen Beispielen sagen trifft man nicht, wenn man an der abgestreiften Schlangenhaut zerrt, wenn man das Gewand mit dem Körper verwechselt.

Und wie schändlich ist es vollends, das System in Huxleys "Brave new world" als liberalen Demokratismus auszugeben, ein System, in dem gerade alle bürgerlichen Freiheiten untergegangen sind! Merkmale des Zustandes politischer Freiheit, die alle anderen menschlichen Freiheiten erst ermöglichen sollen, sind für den Liberalen Rationalität, Individualität, Trennung von Politik und Weltanschauung und Toleranz. Rationalität als Anspruch an die Freiheit heißt, weder aus Willkür noch aus blindem Gehorsam zu handeln, sondern aus Einsicht. Damit meint der Liberalismus die Überprüfung der Gedanken, die Deutung der Erfahrung und Unterscheidung der Wirklichkeit gegenüber dem Nichtunterscheidenkönnen der Leidenschaft und des Fanatismus. Damit meint er, die irrationalen Verschiedenheiten der Menschen in ihren Gesinnungen, in ihrem Denken, Fühlen und Meinen als naturgegeben und notwendig anerkennen, in der äußersten Weite.

Meinungen sind freilich noch keine Einsicht. Dazu verwandeln sie sich erst in der Tiefe menschlicher Kommunikation. Deshalb ist der Liberalismus bereit, was ihm von außen an Wahrheiten zukommt, nicht nur als Gegensatz zu nehmen, sondern in sich hinein zu bilden. Gerade die Einförmigkeit geistiger Substanzen, woher sie kommen, in das eigene Ich gehört zum Wesen liberaler Haltung. Ich habe deshalb den Liberalismus einmal das politische System des integrierenden Realismus genannt. Denn er hat einen dynamischen Begriff von Wahrheit, nicht einen statisch-absolutistischen. Davon kommt es

Typ berichten. Oder trauen diese gewissen Leute dem Liberalismus, der doch das Individuum schätzt, wirklich zu, dass er nicht selber wisse, wie feindlich der Rationalismus gegen das Große und das Individuum ist? Ist Rationalität also nicht Rationalismus, so ist ohne weiteres klar, dass der Liberale einen Fundus von Überzeugungen hat und braucht, die sich nicht aus dem Liberalismus selbst herleiten, sondern aus Religion und Weltanschauung. Und deshalb ist das liberale Streben nach Freiheit kein grenzüberschreitendes Ergreifen der Welt, sondern die Wohnlichmachung der Wirklichkeit. Mit anderen Worten: Liberalismus ist viel mehr ein intensives als ein extensives Verständnis von Freiheit. Deshalb auch kennt der Liberalismus keine ideologisch vorpräparierte Geschichte mit chiliastisch-utopischen Enderwartungen im Raum der Politik. Das trennt ihn unvermischbar sowohl vom utopischen Sozialismus als auch vom wissenschaftlichen Marxismus und historischen Materialismus, der, mit den Worten Karl Löwiths, "Heilsgeschichte" ist "in der Sprache der Nationalökonomie".

übrigens her, dass die Liberalen fordern, es müsse auf den Schulen und Hochschulen der Geist des Suchens nach der Wahrheit beschworen werden und nicht der Geist des Glaubens, die **Wahrheit**

Politik. Das trennt ihn unvermischbar sowohl vom utopischen Sozialismus als auch vom wissenschaftlichen Marxismus und historischen Materialismus, der, mit den Worten Karl Löwiths, heit zu besitzen. **Hier hält es der Liberalismus mit Sokrates und "Heilsgeschichte" ist "in der Sprache der Nationalökonomie" nicht mit Platon. Er hat nicht vergessen, dass es Länder und**

Diese, wie überhaupt die Gesellschaftstheorien der Moderne lau

Zeiten gegeben hat, in denen die Gelehrten auf der Hut sein mussten, ja nicht etwas Neues zu finden, weil dies sie in Lebensgefahr gebracht hätte. Wenn danach der Liberalismus die Vernunft schätzt, so kennt er auch ihre Grenzen. Denn er weiß sehr wohl, dass das Denken und das nach Ideen gestaltete Wollen nicht *die* beiden Hemisphären des menschlichen Daseins sind. Lange vor modernen Politikern schon haben Herder, Goethe und Dostojewski gelehrt, dass Leben und Lebenswerte niemals rein rationell sein können. Der Liberale leidet also nicht an einer Überschätzung des Vernunftwillens. Es war und ist daher gar nicht der Mensch der Freiheit, sondern der "Mensch der Gleichheit", der, wie Alexis de Tocqueville richtig gesehen hat, zu einer übertriebenen Wertschätzung der Vernunft neigt und mit ihren

Mitteln die Quellen der Wahrheit vor allem bei Seinesgleichen sucht. Darum wäre es nun endlich einmal an der Zeit, dass gewisse Leute ihr falsches Stereotypen doch immer nur darauf hinaus, den handelnden Menschen und seine Freiheit aus dem Gange der Ereignisse auszuschalten und im Namen irgendeines idealen Staates die Menschen im Bette des Prokrustes zu formen. Und dieses seines Anti-Utopismus wegen - er ist übrigens auch der Grund dafür, dass der Liberalismus keine Normschrift hat wie der Sozialismus -ist er von Natur unfähig, zu einer Ersatzreligion oder einem Religionsersatz zu werden. Er ist deshalb die einzige politische Richtung, die nicht zu einer totalitären Form entarten kann. Das zweite Merkmal des Zustandes politischer Freiheit heißt Individualität. Sie ist die positive Wertung geistiger Selbständigkeit, meint qualitative Kultur der Persönlichkeit, schließt den Glauben an eine nicht verfügbare Bestimmung und Würde des Menschen ein, dem eine materialistische Weltanschauung nicht gerecht werden kann. Darum fordert der Liberalismus unbedingte Achtung vor Menschenwürde, Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Er will alle menschliche Tätigkeit zur Anteilnahme an der Kultur, zum rechten Menschsein befreien, aus Klassen Menschen machen, wie es Friedrich Naumann, die Sozialbestimmtheit des Liberalismus normierend, formuliert hat. Individualität ist wiederum etwas anderes als Individualismus, Auflösung der Gesellschaft in lauter Einzelne. Wer so wie der Liberalismus die Gewinnung der Einsicht aus der Auseinandersetzung betont, betont damit das Aufeinanderangewiesensein der Einzelnen, die Notwendigkeit, aus Polaritäten und Gegensätzen zu einer für alle tragbaren Entscheidung zu kommen.

Das Dritte ist die Trennung von Politik einerseits, Religion und Weltanschauung andererseits. "In der Politik handelt es sich um das allen Menschen Gemeinsame, um die vom Inhalt seines Glaubens unabhängigen Daseinsinteressen, in dem sich alle Menschen verstehen können, um sich gegenseitig durch Ordnung, Recht und Vertrag Raum zu geben", lautet die treffliche Formulierung von Karl Jaspers. Politik berührt nicht unmittelbar die hohen Güter der inneren Freiheit, des Glaubens und der Weltanschauung. Sie schafft für diese nur Bedingungen, den Spielraum der Entfaltung. Der Glaube gestaltet nicht den Inhalt, sondern die Gesinnung der Politik. Glaubensanschauungen als Leitseil der Politik sind von Unheil für die Freiheit, denn mit Glaubenskämpfern lässt sich nicht reden. In der Politik aber kommt es darauf an, dass alle miteinander reden und sich vertragen lernen für die Daseinsfragen, in denen die Menschen über alle Unterschiede von Glauben, Weltanschauung und Interessen hinaus sich verbinden können. Christentum ist Sache des Glaubens. Wir bestreiten, dass es eine spezifische Christlichkeit der Politik gebe. Es kann immer nur ein politisches Handeln geben aus der Verantwortlichkeit eines Christenmenschen.

Wenn nun eine politische Partei sich eine christliche Etikette gibt, so birgt das nur die Gefahr von Missverständnissen in sich: das erste, als habe sie ein christliches Privileg oder gar Monopol, wonach nur ihre Mitglieder und Wähler als vollbürtige Christen zu gelten hätten und als wäre der Nichtwähler dieser Partei in seinem Glauben inferiorer oder sogar ein Häretiker. Das zweite Missverständnis ist dieses, dass politische, wirtschaftliche und soziale Fehlentscheidungen einer christlichen Partei auf das Konto der Kirchen abgeschrieben werden dürften, politisches Versagen also christliches Versagen sei. Die Religion steht außerhalb der historischen, der ökonomischen, der politischen Relativität. Religion und Politik, religiöses und politisches Glaubensbekenntnis liegen nun einmal auf verschiedenen Ebenen. Man kann tief religiös und politisch liberal sein. Man kann ein guter Christ sein und braucht doch nicht zu vergessen, dass es eine konfessionelle Ära gegeben hat, in der christliche Obrigkeiten kaum minder grauenvolle Gewaltmethoden praktiziert haben als die modernen weltlichen Totalitarismen, nicht zu vergessen, dass es den Glaubenszwang gegeben hat, dass es sogar in der Schweiz eine Zeit gab, in der der Konfessionswechsel mit Strafe bedroht war und der Abschluss gemischter Ehen mit dem Verlust des Heimatrechts, dass heute gültige verfassungsmäßige Freiheitsrechte beinahe überall gegen klerikale Opposition durchgesetzt werden mussten. Wenn Liberalgesinnte solcher Überzeugung der Grenzen zwischen Religion und Christentum einerseits, Politik andererseits Ausdruck geben, dann ist man sehr schnell zur Hand mit dem Vorwurf des Antiklerikalismus. Diesen hat es in der Geschichte gegeben, aber nur dort und dann, wenn es vorher den Klerikalismus gab. Klerikalismus ist politisches Christentum. Das ist kein Schlagwort. Das hat es gegeben. Dafür und ebenso dafür, wohin er geführt hat, berufe ich mich auf das Zeugnis eines sehr bewussten Katholiken, des Schriftstellers Francois Mauriac. Er schreibt wörtlich: "Wenn es eine Lehre gibt, die uns die Geschichte mit größter Eindringlichkeit vor Augen hält, dann ist es diese: dass es um das Christentum am ärgsten bestellt ist, wenn die Christen die politische Macht besitzen, wenn sie Scheiterhaufen anzünden oder die Gräber von Port Royal entweihen. Das politische Christentum, d. h. die spirituelle Macht der Kirche im Dienste Cäsars und der mächtige Arm Cäsars im Dienste der Kirche: überall ... und selbst noch in unseren Tagen können wir die bösen Früchte solcher Verbindung feststellen ..." Wir Liberale wollen nichts anderes, als diese Lehre der Geschichte beherzigen, im Interesse von beiden, von Christentum und Staat. Eine Nutzenanwendung davon ist, dass im konfessionell gemischten Staat dieser Staat keine bestimmte Konfession hat, weil er sie nicht haben darf. Und weil er eine solche nicht hat, steht ihm die Überwachung des konfessionellen Friedens zu. Es geht bei uns gar nicht um Staat und Kirche, es geht um Staat und *Kirchen*.

Und da darf nur die Formel gelten von einem achtungsvollen Nebeneinander, in manchen Bereichen einem Miteinander - wir leugnen also keineswegs, dass es Bereiche und Fragen

gibt, in denen Staat und Kirchen sich helfend begegnen müssen; nicht aber kann gelten die Formel von einem Ineinander oder einem übereinander und Untereinander, Staat und Kirche können nicht einer des anderen Zwangsvollstrecker sein. Dieses liberale Konzept hat übrigens den Kirchen nicht nur genommen, sondern auch gegeben: nämlich die Freiheit dem Staate gegenüber, der sich ihrer nur zu oft - nicht eben zu ihrem Nutzen - als Helfer bedient hatte. Wäre nur nicht die bange Frage, ob dies auch noch so *ist*, ob unsere Kirchen nicht bereits in der Hand einer *Partei* sind - Walter Dirks sieht die katholische Kirche bei uns in geistiger Abhängigkeit von der CDU. Ein wesentliches Merkmal schließlich des Zustandes der politischen Freiheit, bei uns nur wenig verwirklicht, ist die Toleranz. Unsere Forderung nach Toleranz richtet sich an die Politik, nicht an den Glauben. Ob und allenfalls wie *religiöse* Toleranz möglich ist, steht hier nicht zur Entscheidung. Politik aber, praktisches Handeln, ist nicht eine Sache wie die Religion. Toleranz heißt: es dürfen nicht im Namen des Rechts, das für eine bestimmte Wahrheit gefordert wird, irgendeiner christlichen Rechtgläubigkeit im öffentlichen Leben Privilegien zuerkannt werden; der Rechtsstaat darf sie nicht zugestehen, da er die volle, auf geistiger Selbständigkeit beruhende Gleichberechtigung seiner Bürger zur Voraussetzung hat. Der Rechtsstaat ist gegen alle tolerant, die nicht durch Intoleranz zur Gewalt drängen. Selbstverständlich darf es keine Freiheit geben zur Zerstörung der Freiheit. Es gibt also kein absolutes Toleranzprinzip. Und im Übrigen weiß der Liberalismus sehr wohl, dass es Toleranz *allein* oft genug *nicht* tut: Politik verlangt oft, dass man sich um Einigung bemüht. Es gibt reichlich Anlässe, die über die Toleranz hinaus zur Loyalität untereinander verpflichten: so vor allem in gemeinsamer Lebensgefahr. Aus all dem ergibt sich die Entschiedenheit des Liberalismus gegen unsere bundesrepublikanische Konfessionalisierung aller Politik, mit ihrer ideologischen Überheizung und ihren kompakten Hassfronten. Das alles kommt aus der falschen Einstellung, die Art der Ordnung der weltlichen Angelegenheiten folge aus dem biblischen Glauben selbst. Christentum aber, das als solches politisch wird, muss als Glaube fragwürdig werden. Davor muss es geschützt werden. Wenn ich eben dem Staat die Wahrung des konfessionellen Friedens indiziert habe, so zeigt das, dass wir den Staat brauchen. Wir brauchen ihn ebenso zur Verhütung fesselloser Konkurrenz und wir brauchen ihn zur Verhinderung verantwortungsloser Monopolbildung. Und er muss stark genug sein, um nicht von den anderen kollektiven Mächten, den Interessenverbänden, überwältigt zu werden, weil er sonst seine schiedsrichterliche Rolle im Kampf der sozialen Gruppen nicht spielen kann. Zwar liegt die eigentliche Drohung unserer Zeit im Zuviel an staatlicher Autorität: angesichts der ausgeprägten Neigung der Deutschen, sich regieren zu lassen, und der daraus für den Staat kommenden Versuchungen, muss der Akzent stärker liegen auf der Freiheit gegen den Staat. Es gibt auch die Gefahr des Zuwenig an staatlicher Autorität - sie ist eine Reaktion auf die Staatsvergötzung und auf Übertreibungen der Lehre vom amoralischen Staat. Der

Liberalismus weiß, dass eine Demokratie mit einer schwachen Regierungsgewalt eine schwache, ja kranke Demokratie ist. Liberalismus muss sein, bei Strafe des Untergangs der Freiheit. Das werden mehr zugeben als die Forderung, dass es auch eine politische Organisation des Liberalismus, eine liberale Partei geben müsse. Wir haben ja den Tatbestand, dass Liberalismus und liberale Partei, liberale Geisteshaltung einerseits und parteimäßige Etikettierung und folgeweise parlamentarische Erscheinungsform andererseits sich nicht decken. Am auffälligsten findet er sich in England, wo der Liberalismus trotz seiner großen Anhängerschaft eine Zeitlang parlamentarisch nahezu erloschen schien, geistig-politisch dagegen keineswegs. Auch bei uns erreicht die liberale Partei bei weitem nicht allen Liberalismus. Es gibt demgegenüber das Beispiel des schweizerischen Freisinns, der auf der einigenden Grundlage des gemeinsamen liberalen Staatsgedankens eine wirkliche Volkspartei ist, die alle Konfessionen, wirtschaftlichen Gruppen, Berufe und Stände umgreift. Der deutsche Liberalismus dagegen hatte kaum je eine solche Breite seiner strukturellen Grundlage. Die Schuld daran trug das sich verabsolutierende egalitäre Pathos des Bürgerlichen, genauer des Besitzbürgertums im bürgerlichen Zeitalter. Deshalb war der Liberalismus stark bei Bürgern und in Kreisen der Intelligenz. Das Land und den Lohnarbeiter hat er nie so wie in der Schweiz besessen; Bauern und Arbeiter haben es ihm nicht gedankt, dass er auch für sie grundlegende Freiheiten erstritten hat. Noch mehr freilich überrascht es, dass die wirtschaftlich aufsteigenden Kräfte nicht ihren Weg zum Liberalismus gefunden hatten, der ihre natürliche politische Heimat gewesen wäre; das lag daran, dass ihre sozialen Ideale - nach der Formulierung von Theodor Schieder - damals "an militärisch-feudalen, aristokratischen Standesbegriffen orientiert waren". Im Ergebnis hat sich daran bis heute kaum etwas geändert, obwohl hier für den Liberalismus eine Chance liegt, die er erkennen und ergreifen muss. Darüber hinaus ist es stets die Gretchenfrage des Liberalismus, wie er seinen sozialen Wirkungsraum erweitern kann. Leider haben wir aber die umgekehrte Tatsache zu verzeichnen, dass die liberale Partei in den letzten Jahren immer mehr zusammengeschrumpft ist. Der unverkennbare Zug zum Zweiparteiensystem aber ist ein Verhängnis mindestens so lange, als unsere großen Parteien ihre starken weltanschaulichen Bindungen nicht preisgegeben haben. Bis dahin aber hat es gute Weile. Ich selber zweifle daran, dass sie es überhaupt können, auch soweit sie es wollen. Der Wille zum geschlossenen politischen System ist bei einer Vielzahl von Deutschen zu stark. Die Sache der Freiheit erfordert bei uns eine *eigene* Partei, solange das Freiheitsbewusstsein unterentwickelt ist, solange die Drohung gegen die Freiheit an sich andauert und es daher nicht genügt, dass der Gedanke an sie zur bloßen Gelegenheitsursache wird. Sodann ist die demokratische Tradition bei uns nicht so gefestigt, dass man darauf vertrauen dürfte, die jeweils obsiegende Partei werde nicht der Gefahr des Machtmissbrauchs erliegen. Haben sich etwa nicht die Verfechter des Grabenwahlsystems als höchst gelehrige Schüler

Machiavellis erwiesen? Und schließlich muss heute, am Beginn der "eigentlichen Weltgeschichte" im Sinne von Karl Jaspers und Hans Freyer der eigenständige Liberalismus eine Vorhandenheit sein, die auf der Angebotsliste politischer Ideen und Alternativen nicht fehlen darf, wenn wir an die jungen selbständigen und selbständig werdenden Völker denken. Ein liberales Wirtschaftsprogramm im Gewande einer abendländischen Weltanschauung werden die aufstrebenden Nationen von vornherein ablehnen. Anders sind dagegen die Aussichten des sich selbst darstellenden Liberalismus, weil dieser Politik einerseits, Religion und Weltanschauung andererseits trennt. Die Religion steht für ihn außerhalb der historischen, der ökonomischen Relativität. So rechtfertigen nationale und internationale Gründe die Vertretung des Liberalismus durch sich selbst, ja machen sie geradezu nötig. Man hat dem Liberalismus schon nachgesagt, er sei auf besitzfrohe und genußfreudige Zeiten zugeschnitten. Offenbar ist er das gerade nicht, sonst könnte er kaum heute so weithin ungefragt sein. Die Entwicklung hätte dann in den letzten Jahren gerade umgekehrt verlaufen müssen. Ich meine, genau umgekehrt, dass er als eine als un bequem empfundene Zumutungspartei dem weitverbreiteten Bedürfnis nach handfester Sekurität, der Sehnsucht nach geistiger Geborgenheit, von der die von 24 einem Übermaß an Leiden heimgesucht gewesenen deutschen Menschen erfasst sind, so wenig entgegenkommt.

Diese Art Sättigung macht eben nicht die Stimmung für Meditationen über Politik, von denen sich die liberale Partei etwas erhoffen dürfte, mögen die Leistungen des Liberalismus von heute den Wählern auch noch so auffällig ins Gesicht starren. Der wahre Grund für die Schrumpfung der liberalen Partei ist, dass - mit Jacob Burckhardt zu reden - "die Wenigkeit der über ihr Schicksal verfügenden Menschen" zugenommen hat, d. h. deren Zahl immer mehr abgesunken ist. Dazu kommt der selbstverschuldete Eindruck, dass die liberale Partei vor lauter Wollen nicht wisse, was sie will. Wir kennen natürlich längst aus der Geschichte der politischen Theorie jene Auffassung, der Sinn von Politik sei es, Sicherheit zu gewährleisten, damit Freiheit als etwas Nichtpolitisches, als ein Inbegriff von Tun und Unterlassen außerhalb des politischen Bereiches möglich sei. dass jedoch der Sinn aller Politik in Wahrheit gerade Freiheit ist, das hat jüngst Hannah Arendt wieder bewusstmacht. Jenes Missverständnis von Freiheit entspringt und entspricht - ich sage es mit ihren Worten - "einer Lage, in der alles im spezifischen Sinne Politische erstarrt oder in einen ausweglosen Automatismus geraten ist". Ganz in diesem Sinne sieht der Schweizer Journalist Fritz Rene Allemann in seinem Buche "Bonn ist nicht Weimar" Staat und Bewohner unserer Bundesrepublik als typische Erscheinungen einer nachrevolutionären Epoche, die, wie alle solche Epochen, durch das Erlöschen des Willens zur Veränderung des Vorhandenen gekennzeichnet werde. Aber diese bürgerliche Beruhigung in Konventionen wirkt nicht weniger gegen die Freiheit als der diktatorische Zustand.

Um seines Ideals der Freiheit willen hat deshalb der Liberalismus seinen unbequemen Beruf, zu mahnen und zu warnen. Er darf nicht resignieren, er muss aufrütteln gegen Gehen- und Geschehenlassen, hartnäckig wie Stechfliegen vor dem Gewitter, er muss die Zuversicht in die Kraft der liberalen Ideen stärken. Es genügt dafür keine Verteidigung - der Angriff tut not; Verteidigung ist Schutz der Freiheit, der Angriff ist ihr Vollzug. Die große Konstante des Liberalismus heißt immer Freiheit. Er hat die Aufgabe, die Drohungen gegen die Freiheit zu enthüllen, sie anzuklagen und zu richten, im nimmermüden Kampf für die Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Menschenwürde. Liberalismus ist ein Weg durch die Welt hindurch, der nicht endet, weil es keine Zeit geben wird, die ihm die Voraussetzung des Antiliberalismus schuldig bleibt. Er weiß um seinen dauernden Beruf, denn Freiheit ist die Berufung des Menschen und seine Verantwortung. Nur darum wird er frei geboren.